



Kindergärten im Visier: Wie viel Werbung ist nötig für Infos zum Angebot? Foto: apa

## Wien: 2,4 Millionen Euro für Kindergarten-Werbung

Von Christian Mayr

### ■ Heftige Kritik an hohen Ausgaben für neue PR-Offensive.

**Wien.** Nach der groß angelegten Werbeaktion für die neue Wiener Mittelschule, die den Steuerzahler rund eine Million Euro gekostet hat, steht die nächste PR-Aktion der Stadt Wien bevor: Wie am Mittwoch im Bildungsausschuss beschlossen wurde, werden in den nächsten Monaten 2,4 Millionen Euro zur Werbung der Wiener Kindergärten verwendet – vorwiegend in Form von Zeitungs-Insertaten sowie Radio- und Fernsehbeiträgen.

Inhaltlich sollen laut Rathaus unter anderem die „geleistete Bildungsarbeit“, der „qualitative Ausbau“ der Kindergärten und die „Ausbildungsmöglichkeiten für Kindergartenpädagogen“ propagiert werden. Bei Letzteren gab es zuletzt Probleme, da viele nach Niederösterreich abwanderten, wo mit besseren Konditionen geworben wurde.

Brisant ist, dass die Mittel nicht aus dem hochdotierten PR-Budget des PID (Presse- und Informationsdienst) stammen, sondern direkt aus dem Kindergarten-Topf. ÖVP-Gemeinderat Wolfgang Aigner ist empört und kritisiert die „Selbstbeweihräucherungs-Insertate“: „Die beste Werbung für den

Wiener Kindergarten wäre, wenn man ihn gratis macht. Stattdessen wird sinnlos Geld verpulvert.“ Er befürchtet, dass die PR-Aktion dringend nötige Investitionen für Kindergärten (Sanierungen, Spielzeuge-Ankäufe) verhindere.

Dies weist man im Büro von Bildungsstadträtin Grete Laska (SPÖ) zurück: „Niemandem wird etwas weggenommen.“ Zudem hätten auch andere Magistratsabteilungen eigene PR-Töpfe. „Es gibt großen Bedarf, Infos an Eltern weiterzugeben, damit diese frühzeitig motiviert werden, ihre Kinder in den Kindergärten zu schicken. Es ist also gerechtfertigt, hier ein Budget zu reservieren.“ ■

## Schuss-Attentate in Wien: Ermittler sagen offiziell nichts Zwei Tote und jede Menge Gerüchte

Von Werner Grotte

### ■ War Tschetschene im Drogengeschäft?

### ■ Keine Bestätigung für politische Tat-Hintergründe.

**Wien.** Die Ermittlungen in den beiden Wiener Morden dieser Woche dürften sich schwierig gestalten: Seitens der Staatsanwaltschaft gibt es kaum neue Informationen, dafür brodelt die Gerüchteküche. Denn zumindest einer der beiden Hingerichteten, ein Tschetschene jüdischer Herkunft, könnte in Verbindung mit internationalen Drogenschmugglern gestanden haben. Ein bald nach der Tat am Dienstag gefasster Verdächtiger schweigt. Was den Tod eines türkischen Lokalbesizers vom Montag betrifft, scheint es noch weniger Spuren zu geben.

Einen Zusammenhang beider Morde schließen die Ermittler trotz einiger Parallelen bei der Tat-Ausführung aus: „In diese Richtung gibt es derzeit überhaupt keinen Hinweis“, sagt der Wiener Staatsanwalts-Sprecher Gerhard Jarosch. Ebenso habe man keinerlei

Hinweise auf in manchen Medien kolportierte „Mafia-Morde“ oder auf politische Hintergründe: Der in Niederösterreich gestellte tschetschenische Mordverdächtige bestreite laut Jarosch jegliche Beteiligung an der brutalen Hinrichtung seines Landsmannes Umar I. auf offener Straße in Floridsdorf.

Szenekenner wollen allerdings wissen, dass es sich bei I. um einen usbekischen Juden handeln könnte. Mitglieder der sogenannten „Bucharischen Juden“ seien nicht selten im grenzüberschreitenden Drogenhandel zwischen dem Iran, den ehemaligen sowjetischen Kaukasus-Republiken und Europa tätig. Ein

Angehöriger dieses Clans soll im Vorjahr auch beim Drogenschmuggel ins Wiener Landesgericht ertrappt worden sein.

Seitens der Staatsanwaltschaft will man dazu nichts sagen – ebenso wenig wie zu den Gerüchten, der Ermordete sei ein abgefallener Mitstreiter des Russland-treuen tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow gewesen und als „Verräter“ getötet worden.

Noch weniger Hinweise scheint die Polizei beim Mord am Türken Sezai P. zu haben: Der war am Montag um 2 Uhr Früh von drei Schüssen niedergestreckt worden, kurz nachdem er sein „Café Baran“ im 16. Bezirk zugesperrt hatte. ■



Der Tatort in der Floridsdorfer Ostmarkgasse. Foto: apa/techt

## U6-Anbindung zum KH-Nord nicht vor 2019?

### ■ U-Bahn-Projekt vorerst in Warteschleife.

**Wien.** (may) Die Verlängerung der U6 zum geplanten Krankenhaus-Nord in Floridsdorf erlitt am Mittwoch einen Dämpfer: Wie im Verkehrsausschuss beschlossen wurde, soll erst ab 2010 mit dem Bund als Co-Financier über das Projekt verhandelt werden – demnach wäre der frühest mögliche Eröffnungstermin 2019. Das Großspital wäre demnach mindestens sechs Jahre ohne hochrangigen öffentlichen Verkehrsanschluss.

Noch offen ist allerdings, ob nicht doch Mittel zur U6 von der U1-Verlängerung Rothneusiedl umgeschichtet werden, falls dort bis 2015 kein Bauprojekt entsteht. Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker (SPÖ) beteuerte im Ausschuss jedoch, dass an Rothneusiedl nicht gerüttelt und das Gesamtpaket keinesfalls aufgeschlüsselt werde; doch selbst hochrangige Wiener-Linien-Kreise bestätigen, dass sehr wohl auf eine U1-Kurzvariante bis zur Hansson-Siedlung hingearbeitet werde.

Die Planer des KH-Nord haben jedenfalls eine Fläche für eine spätere U-Bahn-Station reserviert. ■

## Spitäler schützen sich vor Infektion mit Computervirus

Von Petra Tempfer

### ■ Horrorvision: Medizinische Geräte fallen aus.

### ■ Wiener AKH aktualisiert täglich Antiviren-Software.

**Wien/Klagenfurt.** Gleichzeitig mit dem Influenza-Virus haben zahlreiche Spitäler mit einem weiteren zu kämpfen: dem Computervirus Conficker, der in seinen Varianten A und B bereits in Kärnten zuerst rund 3000 Rechner der Landesregierung und anschließend ebenso viele Computer der Landeskrankenhäuser attackiert hat. Um einem derartigen Schaden in Wien vorzubeugen, haben sich nun die Krankenhäuser gegen Conficker gerüstet und befinden sich in akuter Alarmbereitschaft.

Damit nicht auch die Rechner des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (AKH) von Conficker infiziert werden, werden sie von einer speziellen Sicherungs-Gruppe laufend beobachtet, wie Georg Schnizer, Leiter der IT-Projektentwicklung, gegenüber der „Wie-

ner Zeitung“ erklärt. Täglich einmal werde die Antiviren-Software aktualisiert – bei einer dringenden Warnung sogar häufiger.

„Außerdem ist unser Netz segmentiert“, erklärt Schnizer, „wenn ein Sektor von einem Virus befallen ist, wird er sofort von den anderen getrennt.“ Speziell bei jenen medizinischen Geräten, die an Rechnern hängen, sei diese Segmentierung besonders wichtig. Daher seien bisher nie mehrere infizierte Apparate gleichzeitig ausgefallen.

Und auch die Horror-Vision jedes Spitals konnte laut Schnizer so vermieden werden: „Dass intelligente Bieser in die Systeme vordringen, Patientendaten löschen und die medizinischen Geräte lahmlegen.“

Doch selbst aus diesem Horror-Szenario würde laut Elisabeth Schlemmer, Datenschutzbeauftragte des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV), kein Schaden für das Leben der Patienten entstehen. „Deren Gesundheit hängt vom Arzt und von den Schwestern ab – nicht von der EDV“, sagt Schlemmer. Allerdings seien tatsächlich Medizintechnik-Geräte wie Computerto-

mographen speziell virengefährdet: Sie könnten nur sehr selten mit Antivirensoftware ausgestattet werden und seien dennoch mit dem Netz verbunden.

Daher wird laut Schlemmer seit der Vorwoche das Netzwerk der KAV verstärkt überprüft und 24 Stunden lang genau beobachtet. Alle seit November bekannten Viren-Gegenmittel werden eingesetzt und permanent aktualisiert.

### „Kein Virus ist Zufall“

„Dennoch wird es niemals eine generelle Sicherheit vor Viren geben“, weiß Schlemmer, die aus diesem Grund einmal jährlich mit ihren Mitarbeitern ein Katastrophenszenario durchspielt. Dabei wird das Arbeiten und das Auskommen ohne EDV im Spital geübt.

Bei Conficker handle es sich zum Glück um einen „gutmütigen Wurm“, der Passwörter ausforscht und das Netz lahmlegt. Er sei jedoch hartnäckig und exzellent geschrieben. „Kein Virus entsteht zufällig“, weiß Josef Pichlmayr, Geschäftsführer des Software-Unternehmens „Ikarus“. Der Autor wisse genau, was er bezwecken will. ■

## Pässe für Kinder

### ■ Bald unzulässig: Eintragung bei Eltern.

**Straßburg.** Künftig braucht jede Person einen Pass, auch jedes Kleinkind. Das Europäische Parlament hat die neue Verordnung über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in Pässen und Reisedokumenten am Mittwoch in Straßburg mit großer Mehrheit (594 gegen 51 Stimmen) verabschiedet. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, Einzelpässe für

Minderjährige nach dem Prinzip „Eine Person, ein Pass“ auszustellen. Das Mindestalter für die Abnahme von Fingerabdrücken wird auf 12 Jahre festgesetzt, in Kraft treten könnte die Regelung Mitte 2009. Als Begründung für die neue Verordnung wurden Maßnahmen gegen den Kinderhandel genannt. Die Kosten für den Kinderreisepass betragen 26,30 Euro.

In Österreich können derzeit Kinder unter zwölf Jahren im Reisepass der Eltern eingetragen werden. ■

### ■ Kurz notiert

#### Prater GmbH hat jetzt zwei Chefs

Die im Zusammenhang mit dem Bau des Riesenradplatzes in die Kritik geratene Prater Service GmbH hat einen zweiten Geschäftsführer: Christian Rötzer ist nun für die Bereiche Finanzen, Controlling und Marketing des stadt-eigenen Unternehmens verantwortlich. Rötzer, zuletzt bei der „Auto Zubehörhandels-gesellschaft“ tätig, betonte: „Mein Ziel ist, auch im Prater hohe Drehzahlen bei niedrigem Verbrauch und sicherer (Straßen-)Lage sicherzustellen.“

#### Einbrecherduo verurteilt

Zwei Rumänen sind am Mittwoch am Wiener Straßlandesgericht zu Freiheitsstrafen wegen Einbruchsdiebstählen bzw. Hehlerei verurteilt worden. Einem 25-jährigen Angeklagten konnten 25 Einbrüche sowie 17 Versuche nachgewiesen werden. Einen Teil der Beute soll sein 32-jähriger Komplize weiterverkauft haben. Der 25-Jährige gab sich trotz eindeutiger DNA-Auswertung provokant. ■